

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich 2.1 Soziales, Jugend, Schule und Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	201 Sozialamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Bärbel Mittelmann +49 202 563 5326 +49 202 563 4897 baerbel.mittelmann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	20.11.2023
	Drucks.-Nr.:	VO/161/23-A öffentlich
Sitzung am Gremium		Beschlussqualität
06.02.2024 Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit		Entgegennahme o. B.
Antwort auf Anfrage (VO/161/23) - Gesundheitskiosk in Wuppertal		

Grund der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten am 17.01.2023 den Antrag (VO/161/23) die Einrichtung eines Gesundheitskiosk in Wuppertal zu prüfen. Diesen Prüfbericht legt die Verwaltung nun vor.

Beschlussvorschlag

Entgegennahme ohne Beschluss

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

Begründung

Die Sozialplanung des Sozialamtes und die Geschäftsführung der Färberei beschäftigen sich - mit einer Unterbrechung - seit März 2023 an der Erarbeitung einer Konzeption für einen Gesundheitskiosk in Wuppertal. Beteiligt an dem Prozess sind Vertretungen: Des Gesundheitsamtes, der AOK, der Ärztekammer in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung, des Jobcenters, des Ressorts Zuwanderung und Integration und des Smart City Projekts. Der Projektentwurf ist schon weit fortgeschritten.

Der Bund hat in Veröffentlichungen zunächst mitgeteilt, dass die Einrichtung von Gesundheitskiosken finanziell gefördert werde. Im Frühjahr sah es jedoch so aus, als wenn sich die Veröffentlichung eines Referentenentwurfs, um eine fundierte rechtliche Grundlage zu schaffen, zeitlich deutlich verzögern würde. Vor der Sommerpause erschien für alle Beteiligten überraschend doch ein Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums.

Folgende Aussagen sind in dem Referentenentwurf zur Finanzierung zu finden:

„Die für den Betrieb der Gesundheitskioske und die dort erbrachten Leistungen erforderlichen Aufwendungen sind von den Kommunen zu 20 Prozent anteilig zu tragen.

Pro Jahr fallen rund 400.000 Euro für den Betrieb eines Gesundheitskiosks an. Diese setzen sich aus rund 80 Prozent für Personalausgaben und rund 20 Prozent für Sachausgaben zusammen. Demnach entstehen für die Kreise und kreisfreien Städte pro Gesundheitskiosk rund 80.000 Euro jährlich. Die Gesamtkosten für die Kommunen sind von der Anzahl der Kioske abhängig.

Durch die Übernahme von Aufgaben, die der Prävention und Gesundheitsförderung dienen, können sich etwa für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) Entlastungen ergeben, die mittel- und langfristig zu Minderausgaben für die Kommunen führen.

Die Kommunen tragen 50 Prozent der Investitions- und Betriebskosten, die für die Organisation bzw. das Management einer Gesundheitsregion anfallen. Insgesamt ist hier von einem Betrag von rund 150.000 Euro auszugehen. Pro Jahr fallen demnach rund 75.000 Euro für die Kommune bzw. die Kommunen an. Die Gesamtsumme setzt sich aus rund 80 Prozent für Personalausgaben und rund 20 Prozent für Sachausgaben zusammen.“

Derzeit sind keine Haushaltsmittel für den Eigenanteil in den Doppelhaushalt 2024/2025 eingestellt, da die rechtliche Verpflichtung noch nicht gegeben ist.

Für die weitere Entwicklung bleibt der endgültige Gesetzesentwurf abzuwarten. Als Standort wurde von den Beteiligten der Berliner Platz oder die nähere Umgebung festgelegt. In diesem Stadtteil ist die Bevölkerung bekanntlich besonders von multiplen Problemlagen belastet. Die Räume sollen wie in der Anfrage deutlich gemacht wird selbstverständlich barrierefrei sein und eine gute ÖPNV-Anbindung haben. Darüber hinaus ist vorgesehen, die Bedarfe der zugewanderten Bevölkerung bei den Präventions- und Beratungsangeboten besonders zu berücksichtigen.

Der Gesundheitskiosk in Wuppertal soll weitgehend die im Referentenentwurf vorgesehene Lotsen- und Beratungsfunktion gewährleisten sowie Angebote zur Gesundheitsprävention soweit diese nicht durch ärztliche Praxen angeboten werden. Im Fokus stehen Bevölkerungsgruppen, die nicht immer einen passenden Zugang zum Gesundheitssystem finden. Bei der Entwicklung der Diskussion ist ebenfalls offen, ob einfache medizinische Leistungen durch die Kioske erbracht werden sollen. Sicher erscheint bisher, dass Beratung, Lotsen und Prävention angeboten werden sollen.

Die Färberei ist ein besonders aktiver Akteur in dem genannten Stadtteil und bereit, die Trägerschaft zu übernehmen. Sie ist bereits in den bestehenden Netzwerken sehr aktiv. Vorgesehen im Konzept ist eine enge Verzahnung des Gesundheitskiosk mit diesen. Zudem sollen neue Netzwerke mit spezifischen gesundheitlichen Akteuren aufgebaut werden, z.B. Apotheken, ärztlichen Praxen etc.

Besonders geeignet macht die Färberei die Tatsache, dass der Träger absolut trägerunabhängig berät: Er hat selbst weder Einrichtungen in der Behindertenhilfe, noch im

Bereich des Gesundheits- bzw. Pflegewesens. Das ist für die Ratsuchenden ein wichtiger Faktor.

Im Rahmen der Konzepterarbeitung wurde bereits auf Erfahrungen aus anderen Städten zurückgegriffen. Eine Intensivierung ist durch Vor-Ort-Besuche in Planung.

Der Bereich der Verwaltung, der für die Einrichtung eines digitalen Gesundheitskiosk zuständig ist, beteiligt sich an der Konzepterarbeitung. Ein wechselseitiger intensiver und inhaltlicher Dialog ist durch die Konzeptentwicklung entstanden und wird für die Zukunft gewährleistet.

Eine Evaluation ist ebenfalls Bestandteil des vorbereitenden Konzepts.

Warum es besonders in Wuppertal von besonderer Bedeutung ist, einen Gesundheitskiosk einzurichten, zeigt ein Auszug der Daten aus dem Gesundheitsreport 2023 der AOK:

- Die Mortalität (Sterbefälle je 1.000 Einw) liegt mit 12,7 fast im oberen Bereich in NRW (Solingen 13,6 – höchster Wert, Bonn 9,1 – niedrigster Wert)
- Die Inanspruchnahme der Darmspiegelung zur Früherkennung in den ersten 5 Jahren nach erstmaliger Anspruchsberechtigung liegt in Wuppertal mit 9,1% im unteren Bereich.
- Ebenso die Mitgliedschaften in Sportvereinen je 1.000 Einwohnende mit 172.
- Die Adipositas-Prävalenz bei Kindern liegt mit 9,1% und Erwachsenen mit 15,1% an zweiter, bzw. 3. Stelle in NRW.
- Mit 20,9% liegt der Anteil an Kinder mit mindestens einem Elternteil mit einer psychischen Störung im oberen Drittel.

Der Datenreport der AOK gibt ebenfalls Auskunft zum Thema Armut und Gesundheit. Deutlich wird auch hier, dass Armut ein deutliches Gesundheitsrisiko in sich birgt.

- Sozialbenachteiligte Bevölkerungsgruppen werden vom Gesundheitssystem häufig nicht erreicht.
- Sie nehmen vergleichsweise weniger Präventionsleistungen in Anspruch.
- Sie erkranken vergleichsweise früher und häufiger chronisch.
- Sie werden vergleichsweise früher pflegebedürftig. Z.B. liegt das Alter beim Eintritt in die Pflegebedürftigkeit bei Arbeitnehmer*innen bei 81,3 und bei SGB II / Bürgergeldbeziehern*innen bei 74,2 Jahren.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

x neutral /nein

ja, positive Auswirkungen

ja, negative Auswirkungen

Begründung:

Der Inhalt der Antwortvorlage hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung.

